

Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen

Die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik billigt einmütig die Erklärung der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu dem Beschluß der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken über die Herabsetzung der Reparationszahlungen Deutschlands und gibt gleichfalls ihrem tiefempfundenen Dank Ausdruck.

Der Beschluß der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken ist ein Zeichen freundschaftlichen Vertrauens zur Deutschen Demokratischen Republik, eine wirksame Hilfe, durch die fortschreitende Entwicklung unserer Friedenswirtschaft die Lebensbedingungen des deutschen Volkes weiter zu verbessern.

Die Provisorische Volkskammer sieht in dieser großzügigen Entscheidung einen erneuten Beweis für die Richtigkeit des Weges, auf dem die Deutsche Demokratische Republik die Lebensfragen des deutschen Volkes — Frieden, Einheit, Unabhängigkeit — auf demokratischem Wege lösen will und lösen wird.

Berlin, den 17. Mai 1950

- SED: gez. Wilhelm Koenen
LDP: gez. Dr. Liebler
CDU: gez. August Bach
FDGB/FDJ u. a.: gez. A. Deter
DBD: gez. Ernst W. Beer
Sozialdemokratische Fraktion: gez. Bürde
KB/DFD/WN: gez. Gysi
NDPD: gez. Vincenz Müller

Behandelt: 16. Sitzung (17. Mai 1950)
Beschluß: angenommen

Drucksache Nr. 90

Erklärung aller Fraktionen

der Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zur Friedensbotschaft der Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik

Die Provisorische Volkskammer hat mit Dankbarkeit und großer Freude die ihr übermittelte Friedensbotschaft der Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik zur Kenntnis genommen.

Die Resolution bringt den Wunsch und den starken Willen des tschechoslowakischen Volkes zum Ausdruck, gemeinsam mit allen friedliebenden Völkern den Frieden zu verteidigen. Dieser eindringliche Friedensruf der Tschechoslowakischen Republik findet im deutschen Volke den stärksten Widerhall. Immer mehr wächst im deutschen Volke die Entschlossenheit, Seite an Seite mit der stärksten Friedensmacht, der Sozialistischen Sowjetunion, mit den Volksrepubliken und allen anderen friedliebenden Kräften in der Welt für den Frieden zu kämpfen.

Während die anglo-amerikanischen Kriegshetzer in den von ihnen beherrschten Gebieten unseres Vaterlandes alle Vorbereitungen für einen neuen Krieg treffen, während ihre deutschen Helfershelfer ohne Bedenken die deutsche Jugend als Kanonenfutter für die imperialistischen Ziele der Wallstreet opfern und Deutschland in einen Kriegsschauplatz verwandeln wollen, haben sich bereits Millionen Deutscher durch Abgabe ihrer Unterschrift zur Ächtung der Atombombe und zum Kampf für den Frieden bekannt.

Der Ruf nach Frieden wird in ganz Deutschland gehört. In allen Teilen unseres Vaterlandes bilden sich Friedenskomitees, in denen sich immer mehr Deutsche zum Kampf für den Frieden zusammenschließen, beraten Vertreter aller Schichten der Bevölkerung in großen Landesfriedenskonferenzen über die gemeinsame Arbeit.

Durch den Kampf der Nationalen Front des demokratischen Deutschland wächst der nationale Widerstand gegen die völkerrechtswidrigen Demontagen, gegen den Aufbau einer neuen Rüstungsindustrie, gegen die Remilitarisierung,

gegen die Werbung der deutschen Jugend für die Fremdenlegion in den westdeutschen Gebieten.

Durch den Kampf der Nationalen Front wächst aber auch die Überzeugung in den Massen, daß nur der Kampf der Nationalen Front des demokratischen Deutschland imstande ist, die Lebensfragen des deutschen Vol-

kes, Frieden, Einheit, Unabhängigkeit auf demokratischer Grundlage, zu lösen.

Die deutsche Jugend wird zu Pfingsten 1950 in der Hauptstadt Berlin im Rahmen eines großen Friedenstreffens der Jugend den „Kongreß junger Friedenskämpfer“ durchführen. Über 500 000 Jugendliche aus allen Teilen Deutschlands, sowie zahlreiche Delegationen der friedliebenden Jugend anderer Länder werden zu Pfingsten in Berlin weilen, um ein Bekenntnis für Humanität, Völkerfreundschaft und Frieden abzulegen.

Das um seine Einheit ringende deutsche Volk wird den Kampf für Frieden und Fortschritt verstärken, um die Durchführung der verbrecherischen Pläne der Kriegshetzer zu verhindern und gemeinsam mit allen friedliebenden Kräften der Welt eine bessere friedliche Zukunft zu sichern.

Die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik schließt sich deshalb dem Appell der Nationalversammlung seines großen Nachbarn, der Tschechoslowakischen Republik, aus vollem Herzen an und ruft allen Deutschen guten Willens zu:

Vorwärts mit allen gleichgesinnten in aller Welt im gemeinsamen Kampf für den Frieden!

Berlin, den 17. Mai 1950

- SED: gez. Koenen DBD: gez. Beer
LDP: „ Liebler KB/DFD/VVN: „ Gysi
CDU: „ Bach Sozialdem. Frakt.: „ Bürde
NDPD: „ Müller FDGB/FDJ u. a.: „ Deter

Behandelt: 16. Sitzung (17. Mai 1950)
Beschluß: angenommen

Drucksache Nr. 91

Eni schließungsantrag aller Fraktionen

der Provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik wendet sich mit Entrüstung gegen das ungeheuerliche Urteil des amerikanischen Besatzungsgerichts in Westberlin gegen sechs Volkspolizisten. Die Verurteilung zu drei Jahren Gefängnis von Angehörigen der Deutschen Volkspolizei, die, wie vor Gericht selbst erwiesen wurde, aus Unkenntnis der durch die Spalter Berlins hervorgerufenen komplizierten Sektorengrenzen den amerikanischen Sektor betreten hatten, ist ein Terrorakt zur weiteren Vertiefung der Spaltung.

Das Urteil zeigt, in welcher Weise die westlichen Besatzungsmächte entsprechend ihrer Londoner Beschlüsse alles tun, um den kalten Krieg zu verschärfen.

Die Provisorische Volkskammer spricht diesen Opfern des amerikanischen Kolonialgerichts ihre volle Sympathie und Unterstützung aus.

Die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik stellt fest, daß mit dem Terrorurteil des amerikanischen Kolonialgerichts eine Diffamierung der Deutschen Volkspolizei, des Schutzorgans der Deutschen Demokratischen Republik, gegen Schwarzhändler, Saboteure, Agenten und sonstige Verbrecher, und des gesetzlichen Waffenträgers in der Deutschen Demokratischen Republik beabsichtigt ist.

Das verabscheuungswürdige und willkürliche, jeder Rechtsprechung in zivilisierten Staaten hohnsprechende Urteil, und die im Zusammenhang damit geführte Hetzkampagne gegen die Volkspolizei soll den westlichen Kriegshetzern den Tarnschleier für die großen militärischen Aufrüstungen in Westdeutschland und für die Verwandlung des westlichen Teiles unseres deutschen Vaterlandes in ein Aufmarschgebiet gegen die Sowjet-Union und die friedliebenden Nationen abgeben. So und nicht anders verstehen alle friedliebenden Deutschen diese Hetze.

Die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik fordert die sofortige Aufhebung des Terrorurteils gegen die sechs Volkspolizisten der DDR und appelliert an alle Demokraten, durch ihre Proteste die unschuldig verurteilten Volkspolizisten der amerikanischen Kolonialjustiz zu entreißen.

Berlin, den 17. Mai 1950

- SED: gez. Matern Sozialdemokr. Frakt: gez. Bürde
NDPD: „ Vincenz Müller CDU: „ Bach
LDP: „ Dr. Liebler FDGB/FDJ u. a.: „ Deter
DBD: „ Beer KB/DFD/VVN: „ Dr. Steiniger

Behandelt: 16. Sitzung (17. Mai 1950)
Beschluß: angenommen